



DIE LINKE.

Darmstadt
Stadtverordnetenfraktion

Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt

Telefon 06 151 / 66 90 310

Telefax 06 151 / 66 90 533

info@linksfraktion-darmstadt.de

www.linksfraktion-darmstadt.de

Änderungsantrag

zur Vorlage 2019/0031

„Konzeptvergabe Klinikareal Eberstadt“

Darmstadt, den 16.05.2019

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

4. Von der von der Stadtverordnetenversammlung festgelegten Zielquote wird ausnahmsweise abgewichen. Stattdessen werden 40% der Wohnungen nach den Regelungen für „mittlere Einkommen“ gebaut. Weitere 30% der Wohnungen sind nach einem von der Stadt noch zu definierenden 3. Förderweg zu errichten, der bei entsprechend erhöhten Einkommensgrenzen einen Mietpreis um 9€/qm ermöglicht.

-- Begründung:

- Der Vorschlag des Magistrats sieht vor, den zum Zeitpunkt der Ausschreibung noch unbekanntem Investor auf die zeitnahe Durchführung eines oder mehrerer weiterer Bauprojekte in erheblicher Größenordnung zu verpflichten. Bei ähnlicher Bebauungsdichte müssten diese Projekte gut 1 ha Bauland umfassen, wenn ausschließlich Sozialwohnungen gebaut werden. Falls dieses alternative Bauland selbst unter die 25/20-Regel fällt, wären sogar 2 ha erforderlich – dies würde nicht einmal der Marienplatz hergeben. Eine solche Verpflichtung beinhaltet zu viele Risiken und ist durch die Stadt kaum zu kontrollieren.
- Die 25/20-Regel dient dazu, möglichst viel des in Darmstadt sehr knappen Baulands dem geförderten Wohnungsneubau zur Verfügung zu stellen. Die Schaffung von Bindungen im Bestand kann sinnvoll sein, aber sie ist nicht gleichwertig mit dem Neubau von geförderten Wohnungen. Eine Abgeltung der ausgefallenen 25% durch Bindungsverlängerung ist daher nicht akzeptabel, schon gar nicht im Verhältnis 1:1.
- Zwischen dem Mietpreis von ca. 7,50€ im Förderprogramm für „mittlere Einkommen“ und Erstvermietungsmieten im frei finanzierten Segment von mindestens 12€ klafft eine riesige Lücke. Diese zu füllen sollte sich die Stadt vornehmen. Die Problematik des Klinikareals wäre ein geeigneter Anlass, einen entsprechenden weiteren Förderweg einzuführen. Die Stadt Frankfurt hat bereits einen eigenen Förderweg eingeführt, der deutlich über den im WoFöG vorgesehenen Einkommensgrenzen liegt (+60%) und – im Gegensatz zum Darmstädter „Mittelstandsprogramm“ – auch Tarifbeschäftigte in höheren Erfahrungsstufen in den Genuss geförderten Wohnraums kommen lässt.